

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 31 – Bahnkunden auf der Marschbahn angemessen entschädigen

Dazu sagt der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 232.18 / 15.06.2018

Der Bund behandelt die Marschbahn verantwortungslos

Liebe Kolleg*innen,

der Trubel um die Marschbahn nimmt kein Ende. Der aktuelle Bahngipfel in Berlin lässt hoffen – aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Dank an Verkehrsminister Bernd Buchholz. Er hat mit großem Engagement und Entschlossenheit für Schleswig-Holstein gekämpft. Vor allem aber agiert unser Minister konsequent: „Wer nicht liefert bekommt auch kein Geld von uns“ – sehr gut. Lieber Herr Buchholz, Sie haben das ganze Haus hinter sich. Das scheint ja die einzige Sprache zu sein, die die Deutsche Bahn-Konzernspitze versteht.

Was wurde in Berlin erreicht? Mehr Personal auf der Marschbahn – gut so. Wir erinnern uns: Durch die Erkrankung eines einzigen Lokführers ist der ganze Fahrplan entgleist. Personal ist das A und O im Prüfauftrag. Ob der zweigleisige Ausbau zwischen Klanxbüll und Niebüll per Gesetzesverfahren vorgezogen werden kann: Prüfen ist das Mindeste.

Machen wäre das einzig richtige. Wir haben auf der Strecke eine Notsituation. Die Insel ist abhängig vom Damm und vom Zugverkehr. Der Ausbau des Engpasses muss schnell vom „Potenziellen Bedarf“ in die Kategorie „Vordringlichen Bedarf“ eingeordnet werden. Das dauert aber alles zu lange. Wenn Journalist*innen schon dazu aufrufen: Bleibt lieber Zuhause. Ihr kommt sowieso nicht an und wenn, dann nur mit starken Nerven. Das ist wirtschaftlich eine Katastrophe für den Tourismus.

Wir wollen raus aus der Abhängigkeit von der Deutschen Bahn. Der Satz von Frau Her-

bort, „Wir können auch was“, klingt wie Hohn. Deshalb fordern wir einen Sylt-Paragrafen im Eisenbahnregulierungsgesetz, der die besondere Situation am Hindenburgdamm regelt. Der Ausbau muss ähnlich wie bei der Rader Hochbrücke per Gesetz im Deutschen Bundestag beschlossen werden.

Wenn das alles nichts nützt und der Bund und die Deutsche Bahn das weiterhin aussitzen - und genau das tun sie - ist meine Fraktion dafür, dass wir über den Bundesrat fordern, dass das Land Schleswig-Holstein die Hoheit über die Infrastruktur der Marschbahn erhält.

Der Bund hat diese Strecke in der Vergangenheit verantwortungslos behandelt: Groß Kasse machen, aber vergammeln lassen. Jegliches Vertrauen ist verspielt. Die Strecke gehört zur Daseinsvorsorge einer unserer wirtschaftlichsten Regionen.

Deshalb fordere ich, dass die Marschbahn in Landeshoheit soll – wenn der Bund uns nicht hilft, helfen wir uns selbst. Das Know-How haben wir im Land. Ich meine unsere eigene Infrastrukturgesellschaft: Die AKN Eisenbahn.

Verkehrsminister aus Bayern vergessen den Norden. Lassen Sie uns unterhaken und Entschlossenheit zeigen. Die Bahn ist ein Standbein der Mobilität und Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für uns alle. Klimaschutz geht nur mit starken Schienen.

In Schleswig-Holstein verbinden die Menschen mit der Bahn nur noch Unzuverlässigkeit. Wir verlieren die Menschen derzeit im ÖPNV – und das ist besonders für uns Grüne bitter.
